Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 55 Pf., für Familienanzeigen 30 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den breispaltigen Teil eines Textblatts) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur werktags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 1

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,80 RM (enthält 30 Pf. Postgebühr), durch die Post 2,80 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH., Dresden-A. 1, Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 1, Fernruf 17 200. Postscheckkonto: Dresden 18 690. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr politische Sprechstunde, Freitags 15—18 Uhr berufliche und arbeitsrechtl. Fragen.

6. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 27. Mai 1930 — Nummer 122

Unter dem roten Banner der Kommunistischen Partei

Zum Generalangriff gegen den Faschismus!

SPD-Arbeiter erklären: „Wenn die KPD gegen die Faschisten aufruft, sind wir dabei!"

Neue Bluttaten der faschistischen Banditen

Aus dem Hinterhalt niedergeschossen

Mannheim, 26. Mai. (Eigene Meldung.)

Als nach Schluß des Pfälzischen Bezirksparteitages der KPD in Pirmasens, der einen wuchtigen Verlauf nahm (4000 Arbeiter beteiligten sich), Delegierte der Westpfalz im Auto die Stadt verlassen wollten, lauerten am Wegrand Faschisten dem Auto auf und überschütteten das Auto mit einem Kugelregen, wobei ein Arbeiter aus Pirmasens sofort tot zusammenbrach. Es entstand eine regelrechte Straßenschlacht, bei der 5 Arbeiter lebensgefährlich verletzt wurden, 14 sind leicht verletzt. Alle Verletzungen sind Schußwunden. Die Polizei konnte zwei der Täter sofort festnehmen, die aber sofort wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, und auch nachher ging die Polizei nicht etwa gegen die Faschisten vor, sondern rücksichtslos wurden die Straßen von den Arbeitern gesäubert.

Prügel für die faschistischen Banditen

Essen, den 27. Mai.

Als Auftakt zum Nordwestkampf der Metallarbeiter gegen Lohnabbauoffensive und Massenentlassungen marschierten am Sonntag in Duisburg 20 000 Arbeiter aus dem Ruhrgebiet auf. Auf der Rückfahrt wurde ein überwiegend mit Frauen besetztes Lastauto von einer Naziübermacht aus dem Rückhalt überfallen. Aber trotz Uebermacht wurden sie in die Flucht geschlagen. Dasselbe geschah kurz vor Bochum, wo drei Nazautos zwei mit Arbeitern besetzten Lastwagen begegneten. Als die ersteren mit Steinwürfen angriffen, setzten sich die Arbeiter zur Wehr, und die Nazis mußten mit vielen Verletzten das Feld räumen.

Zahlreiche SPD-Arbeiter verletzt

Altenburg, den 27. Mai.

Hier kam es in einer Naziversammlung zu einem schweren Zusammenstoß, wobei 30 Personen, darunter zwei Gendarmeriebeamte, verletzt wurden. Die Naziversammlung war zum großen Teil von SPD-Arbeitern besucht. Als ein sozialdemokratischer Redner gesprochen hatte, eröffneten die Nazis den Kampf. Die bürgerliche Presse berichtet, daß es sich seitens der SPD-Arbeiter um einen „planmäßig vorbereiteten Ueberfall" gehandelt habe. Sie behauptet also dasselbe, was sonst die SPD-Presse und erst jüngst die Dresdner Volkszeitung bei den Heidenauer Vorfällen gegenüber den kommunistischen Arbeitern behauptete. Wir würden dieselbe Lumperei begehen wie die sozialdemokratischen Redakteure, würden wir uns dem Urteil der bürgerlichen Journaille anschließen. Im Gegenteil, die SPD-Arbeiter haben recht gehandelt, als sie die faschistischen Provokateure zurückschlugen.

SPD-Arbeiter an der Seite der Kommunisten

Hamburg, den 27. Mai.

Der Stahlhelm Walterkante hatte am Sonntag in Hamburg einen „Werbeaufmarsch" und benutzte ihn zu einer Provokation in den Arbeitervierteln. Ein Teil des Zuges wurde von den Arbeitern auseinandergehauen, wobei sich die Polizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schönfelder wie toll benahm. Arbeiterfrauen wurden von der Polizei niedergeschlagen. Ein Achtgroschenjunge verletzte einen Arbeiter durch drei Schüsse schwer. Bezeichnend ist die Teilnahme einer großen Anzahl von Reichsbannerarbeitern und besonders sozialdemokratischen Jungarbeitern, von denen einer erklärte: „Wenn die KPD zum Kampf gegen den Faschismus aufruft, sind wir immer da." Ein Trupp Jungbannerkameraden erklärte: „Wir wollen von jetzt ab mit dem Reichsbanner nichts mehr zu tun haben. Wir treten in die KPD ein."

•

Je mehr die Nazi-Provokationen gegenüber den Arbeitern sich häufen, je mehr auch die SPD- und Reichsbannerarbeiter an der Seite der Kommunisten zum Gegenangriff schreiten, um so schamloser wird das Verhalten der sozialdemokratischen Presse. „Zusammenstoß der Prügelparteien" schreibt die „links"sozialdemokratische „Volkszeitung für die Oberlausitz". Die Zusammenstöße zwischen den Kommunazi „werden allmählich zu einer unerträglichen Plage", meint das Dresdner SPD-Blatt. „Den Ausartungen eines politischen Rowdytums endlich Einhalt zu gebieten" fordert das sozialdemokratische Zentralorgan in Berlin schärfste Maßnahmen gegen die sich verteidigenden Arbeiter. Schließlich hat Scheidemann in der Dresdner Volkszeitung das Stichwort gegeben:

„Wir müssen die Kommunazi (d. h. die faschistischen und die kommunistischen Arbeiter) mit der gleichen Entschiedenheit bekämpfen. Es scheint, daß das

Metallarbeiter für Streik!

Die Arbeiter der Firma Bühler, Freital, rufen zum Kampf — Ein revolutionärer Betriebsvertrauensmännerkörper von 13 Kollegen gebildet!

In der letzten Betriebsversammlung vom 23. 5. sprach trotz Sabotage der Sozialdemokraten (Abt. Schlosserei) ein Kollege der Gewerkschaftsopposition. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die in der ordentlichen Betriebsversammlung der Firma Bühler, Freital, am 23. 5. anwesenden Kollegen nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Generalvorstoß der Metallindustriellen. Sie erkennen, daß dieser Vorstoß ein Generalangriff auf die gesamte Lebenslage der Arbeiter ist. Die Unternehmer halten die Situation für gekommen — nachdem die Gewerkschaftsbürokratie alles getan hat, die Kampfkraft der Arbeiter durch die Schlichtungs- und Streikbruchpraxis mit der Phraseologie des Wirtschaftsfriedens und der Wirtschaftsdemokratie zu lähmen — alles zu tun, um den Profit der Unternehmer weiter zu steigern. Die Kollegen werden den frechen Vorstoß der Metallindustriellen beantworten mit dem Streik. Sie rufen die Metallarbeiter von ganz Sachsen auf, sofort in Betriebsversammlungen Stellung zu nehmen und den Kampf vorzubereiten und zu beschließen:

Für 20 Pf. Lohnerhöhung

Für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

Die beste Verteidigung ist der Angriff!"

Anschließend wurde ein 13 Mann starker oppositioneller Betriebsvertrauenskörper einstimmig gewählt. (AK 1729)

Der Schlichter für Lohnabbau

Berlin, 27. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Ueber die Schlichtungsverhandlungen in der Nordwestgruppe der Eisenindustrie, die gestern in Bad Oeynhausen stattfanden, erfährt Ullstein: Im Mittelpunkt stand die Forderung der Unternehmer, die Löhne zu senken. Es soll eine „Ersparnis" bis zu 10 Prozent der gesamten Lohn- und Gehaltssumme eintreten. Dafür versprachen die Unternehmer eine Senkung der Preise. Der Schlichter hat sich die Forderungen der Unternehmer bereits zu eigen gemacht.

Die Bürokratie im Lager des Feindes

Ihr „Kampfprogramm": 42-Stunden-Woche mit Lohnabbau.

Berlin, 27. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern tagte eine Konferenz der Funktionäre der Betriebe des Verbandes Berliner Metallindustrieller. Ulrich trug die „Forderungen" des Metallkartells vor. Das Metallkartell „verlangt" die 42-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. Daneben werden noch Forderungen auf Erhöhung der Ueberstundenzuschläge, Verlängerung des Urlaubs, Pausen am laufenden Band usw. aufgestellt. Ulrich besaß die Frechheit, seine Forderungen, die ein Musterbeispiel für die Demagogie der Sozialfaschisten sind, „weitergehend" als die der RGO hinzustellen.

Die Redner der Opposition entlarvten Ulrichs Demagogie. Es sei widernatürlich, die Arbeiter zum Kampf für den Lohnabbau zu veranlassen. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich sei Lohnabbau von 8 bis 10 Mark pro Woche. Das Entscheidende sei, daß Ulrich nicht daran denke, die Metallarbeiterschaft zum Kampf zu mobilisieren. Das geschehe nur bei Erfüllung der Forderungen der Opposition. Ein Genosse verlas einen Antrag, in dem zunächst festgestellt wird, daß neben dem Zollwucher, den neuen Massensteuern und dem Abbau der Sozialversicherung die Bourgeoisie durch den direkten Lohnabbau die Lebenshaltung der Massen herabdrückt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben im Reichstag nicht nur für die Massenbelastungen gestimmt, sondern sie verhinderten auch den Kampf gegen den Lohnabbau. Die Belegschaften werden aufgefordert, zur

Organisierung der Gegenoffensive

Stellung zu nehmen. Alle Lohnabbauversuche mit der geschlossenen Durchführung von Streiks, mit Forderungen nach Lohnerhöhung, besonders für die Niedrigstlöhnten, für Arbeiterinnen und Jugendliche, zu beantworten. In allen Betrieben sind Lohnkommissionen, vorbereitende Kampfausschüsse und Streikleitungen zu wählen. Der Antrag ruft für folgende Forderungen auf:

Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich,

Verbindung von Mantel- und Lohntarif,

Lohnerhöhung um 20 Pf. pro Stunde,

Verminderung der Lohngruppen auf zwei,

gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Arbeiterinnen und Jugendliche,

Verlängerung des Urlaubs auf 12 und für Jugendliche auf 24 Werktage.

Zum Schluß fordert der Antrag, daß nicht die vom Metallkartell bestimmte Verhandlungskommission mit den Unternehmern verhandelt, sondern eine Verhandlungskommission, gewählt von einer Delegiertenkonferenz, die von allen Metallarbeitern in allen Betrieben beschickt ist.

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Der Werwolf hat beschlossen, sich bei der Landtagswahl im Sinne der „Volksgemeinschaft" zu betätigen und sich einer entsprechenden Partei (welcher?) anzuschließen. Es wurde die Gründung einer „großdeutschen Gewerkschaft" erwogen.

Der thüringische Ministerpräsident Baum kritisierte Frick, der sich in seiner Betätigung etwas mehr zurückhalten müsse.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist von Rio de Janeiro nach Pernambuco zurückgekehrt.

Diskussion über Dresdner Haushaltplan abgewürgt

Aus Furcht vor den Wahlen in die Dunkelkammern verwiesen — Einheitsfront von SPD bis Nazis

„Durch Dr. Bührers Rede zog sich wie ein roter Faden immer wieder die Erkenntnis, es müsse gespart werden, und die frohe Botschaft, der Etat sei ausgeglichen."
(Dresdner Nachrichten vom 27. Mai 1930.)

Für gestern war nach einem Beschluß der Dresdner Stadtverordneten die Eröffnung der Debatte über den reaktionären und massenbelastenden Haushaltplan des sozialdemokratischen Finanzdezernenten Bührer vorgesehen. Die bevorstehende Landtagswahl ließ es aber den Parteien, die Bührers Hungeretat gutheißen, geraten erscheinen, die

Diskussion nicht zuzulassen.

Es sprach denn auch nur in außerordentlich provokatorischer Weise und weitere Abstriche ankündigend, wenn die massenbelastenden Steuern nicht angenommen würden, Dr. Bührer. Seine Rede wurde von den bürgerlichen Parteien mit widerlichem Beifall aufgenommen. Sie richtete sich ausschließlich gegen die Kommunisten und vor allem gegen die Arbeiterstimme, die den Haushaltplan vollkommen falsch geschildert habe. Bührer verstieg sich zu der ungeheuerlichen und geradezu frechen Behauptung, der Wohlfahrtsetat (an dem, wie wir nachwiesen, ungeheure Streichungen vorgenommen worden sind) sei einer der ansehnlichsten in ganz Sachsen. Eine Beschimpfung der Kriegsbeschädigten leistete sich Bührer dadurch, daß er sagte, mit den Freisahrkarten sei von den Kriegsopfern geradezu „Unfug getrieben" worden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung entlarvte die KPD alle Fraktionen von der SPD bis zu den Nazis als solche, die für Beteiligung an Festreden, aber nicht für ernsthafte Sozialpolitik sind.

Damit ist einer der sozialreaktionärsten Haushaltpläne einer Kommune in die Dunkelkammer der Ausschüsse verwiesen worden. Dort wird er vorberaten, in öffentlicher Sitzung wahrscheinlich

erst nach den Wahlen (!!) durchgepeitscht

werden. Um so ausgiebiger werden wir im Laufe des Wahlkampfes diesen Etat und damit das sozialreaktionäre Gesicht aller **Parteien, von den Nazis bis zur SPD anpranger.**

Mitglied des Arbeiter-Radiobundes